



The European Perspective of Albania: Realities and Challenges

Adenauer-Forum mit **Bujar Nishani**, Präsident der Republik Albanien, und **Doris Pack MdEP**, Mitglied der Delegation für die Beziehungen zu Albanien, Bosnien und Herzegowina, Serbien, Montenegro sowie Kosovo

Dienstag, 18. September 2012, 19h30 Uhr

Einleitend begrüßte Doris Pack, Mitglied der Delegation für die Beziehungen der EU zu den Balkanstaaten, die bereits erzielten Fortschritte Albanien. Sie machte aber auch deutlich, dass auf dem Weg in die EU bereits sehr viel Zeit verspielt worden sei. Nach wie vor gelte das Land als einer der ärmsten Staaten in Europa; zudem sei das politische Klima durch Korruption, Vetternwirtschaft und dem seit Jahren schwelendem Machtkampf zwischen den beiden größten Parteien vergiftet. Die verantwortlichen Politiker, so Pack, müssten begreifen, dass die Zeit für einen EU-Beitritt Albanien knapp bemessen sei. Es gelte, die politische Polarisierung zu überwinden und gemeinsam den Reformstau beseitigen, um so die Voraussetzungen für eine EU-Mitgliedschaft zu erfüllen. Dabei könne Albanien auf die Unterstützung seiner europäischen Partner zählen, die die Entwicklung des Landes wachsam verfolgten und konstruktiv begleiteten.

In seiner anschließenden Rede erläuterte der Präsident seine Vision einer EU-Mitgliedschaft Albanien. Trotz aller Schwierigkeiten befinde sich sein Land auf dem richtigen Weg. Dazu gehöre auch die Fähigkeit, Kompromisse einzugehen. Kompromisse, so Nishani, gehörten zur Europäischen Union seit ihrer Gründung und seien die Voraussetzung zur Erreichung der gemeinsamen Ziele.

Voraussetzung für die EU-Mitgliedschaft sei die Umsetzung der zusammen mit der Europäischen Kommission ausgearbeiteten Agenda von Reformen. Erste vielversprechende Erfolge seien bereits zu verzeichnen. Als Beispiele nannte der Präsident die Einführung eines Ombudsmannes, die Umstrukturierung der Geschäftsordnung des Parlamentes und, als aktuellste Maßnahme, die Aufhebung der Immunität der Parlamentsabgeordneten.

BERICHT

EUROPABÜRO BRÜSSEL

SEPTEMBER 2012

Anne-Sophie Koenig

Matthias Bunk

www.eukas.eu

Neben diesen Reformen, welche fortgeführt werden müssten, hob Nishani insbesondere die wirtschaftliche und kulturelle Attraktivität Albaniens hervor. So wies er darauf hin, dass Albanien es in Zeiten einer weltweiten Krise geschafft habe, ein beträchtliches Wirtschaftswachstum zu verzeichnen. Zwar sei das durchschnittliche Bruttoinlandsprodukt seines Landes geringer ist als das der meisten EU-Staaten, doch könne Albanien aufgrund seiner geographischen Lage, seiner einzigartigen Kultur und Geschichte sowie seines Bekenntnisses zu gemeinsamen Werten wie Freiheit und Marktwirtschaft für die EU zu einer Bereicherung werden.

Nishani unterstrich auch die guten Beziehungen, die Albanien zu seinen Nachbarstaaten unterhalte. So habe beispielsweise Kosovo in den letzten Jahren dank des Engagements der EU große Fortschritte gemacht und sei ein Faktor für Friede und Stabilität auf dem Balkan geworden. Zu Montenegro pflege Albanien seit Langem sehr gute Beziehungen; das Gleiche gelte für Mazedonien, wo viele Albaner leben. Auch mit Serbien befinde man sich trotz unterschiedlicher Positionen mit Bezug auf Kosovo in einem konstruktiven Dialog. Mit Blick auf die problematischen Entwicklungen im Zuge der letzten Wahlen ermahnte Nishani Belgrad allerdings auch, die aktuellen Grenzen Kosovos unbedingt zu respektieren.

Der Balkan, so der Präsident, sei eine dynamische und geschichtsträchtige Region voller Potenzial. Dieses könne sich aber nur in einer Mitgliedschaft in der EU voll entfalten. Für Albanien und seine Nachbarländer sei die europäische Integration daher alternativlos und werde von der Bevölkerung in der großen Mehrheit mitgetragen. Die nach wie vor immensen Herausforderungen, wie den Kampf gegen organisierte Kriminalität und Korruption, die wirtschaftliche Unterentwicklung sowie die Sicherung der Energieversorgung, könnten dabei jedoch nur in enger Kooperation der Länder untereinander und mit Unterstützung der EU-Nachbarstaaten gemeistert werden.

In der abschließenden Diskussion bezog der Präsident Stellung zu den Fragen der Veranstaltungsteilnehmer. Auf die Frage, was er persönlich für die größte Aufgabe während seiner gerade begonnenen Amtszeit halte, ging Nishani, vormals Innen- und Justizminister seines Landes, vor allem auf die Reform des Justizsystems ein. Befragt nach Möglichkeiten, albanische Hochschulabsolventen zur Rückkehr in ihr Heimatland zu bewegen, appellierte der Präsident an die Jugend Albaniens, ihr im Ausland erworbenes Wissen durch Mitarbeit in der Verwaltung und

BERICHT

EUROPABÜRO BRÜSSEL

SEPTEMBER 2012

Anne-Sophie Koenig

Matthias Bunk

www.eukas.eu

zivilgesellschaftlichen Organisationen aktiv in die Entwicklung des Landes einzubringen. Ein Land sei immer nur so reif wie seine Zivilgesellschaft; hier sei Albanien anderen Ländern jedoch voraus, wie Nishani erklärte. Auch die Eurokrise, von der Albanien und EU-Nachbarländer Italien und Griechenland besonders hart betroffen sind, stellt für den Präsidenten kein Anlass zur Beunruhigung dar. Trotz der wirtschaftlichen Schwierigkeit sei die Zusammenarbeit mit diesen Ländern nach wie vor eng und von gegenseitigem Vertrauen geprägt.